

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Klarheit über die Kriegsziele

Lanick, Alfred

Heidelberg, 1917

Kriegsziele der Sozialdemokratischen Partei

urn:nbn:de:bsz:31-34845

die Möglichkeit verloren, es als Siedlungsland für Kolonisten und heimkehrende Krieger zu verwenden.

Kriegsziele der Sozialdemokratischen Partei.

Die Stellungnahme der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands ist parteiamtlich festgelegt in den folgenden *Leitsätzen* der Reichstagsfraktion und des Parteiausschusses über die Kriegsziele vom 16. August 1915:

„In Wahrnehmung der nationalen Interessen und Rechte des eigenen Volkes und in Beachtung der Lebensinteressen aller Völker erstrebt die deutsche Sozialdemokratie einen Frieden, der die Gewähr der Dauer in sich trägt und die europäischen Staaten auf den Weg zu einer engeren Rechts-, Wirtschafts- und Kulturgemeinschaft führt. Demgemäß stellen wir folgende Richtpunkte für die Friedensgestaltung auf:

1. Die Sicherung der politischen Unabhängigkeit und Unversehrtheit des Deutschen Reiches heischt die Abweisung aller gegen seinen territorialen Machtbereich gerichteten Eroberungsziele der Gegner. Das trifft auch zu für die Forderung der Wiederangliederung Elsaß-Lothringens an Frankreich, einerlei, in welcher Form sie erstrebt wird.

2. Zweck der Sicherung der wirtschaftlichen Entwicklungsfreiheit des deutschen Volkes fordern wir:

„Offene Tür“, d. h. gleiches Recht für wirtschaftliche Betätigung in allen kolonialen Gebieten;

Aufnahme der Meistbegünstigungsklausel in die Friedensverträge mit allen kriegführenden Mächten;

Förderung der wirtschaftlichen Annäherung durch möglichste Beseitigung von Zoll- und Verkehrschränken;

Ausgleichung und Verbesserung der sozialpolitischen Einrichtungen im Sinne der von der Arbeiterinternationale erstrebten Ziele.

Die Freiheit der Meere ist durch internationalen Vertrag sicherzustellen. Zu diesem Zweck ist das Seebeuterecht zu beseitigen und die Internationalisierung der für den Weltverkehr wichtigen Meerengen durchzuführen.

3. Im Interesse der Sicherheit Deutschlands und seiner wirtschaftlichen Betätigungsfreiheit im Südosten weisen wir alle auf Schwächung und Zertrümmerung Österreich-Ungarns und der Türkei gerichteten Kriegsziele des Vierverbandes zurück.

4. In Erwägung, daß Annexionen volksfremder Gebiete gegen das Selbstbestimmungsrecht der Völker verstoßen, und daß überdies durch sie die innere Einheit und Kraft des deutschen Nationalstaates nur geschwächt und seine politischen Beziehungen nach außen dauernd aufs schwerste geschädigt werden, bekämpfen wir die darauf abzielenden Pläne kurzfristiger Eroberungspolitik. Vom Standpunkt des deutschen Interesses nicht minder

wie von dem der Gerechtigkeit halten wir die Wiederherstellung Belgiens darum für geboten.

5. Die furchtbaren Leiden und Zerstörungen, die dieser Krieg über die Menschheit gebracht hat, haben dem Ideal eines durch internationale Rechteinrichtungen dauernd gesicherten Weltfriedens die Herzen von neuen Millionen gewonnen. Die Erstrebung dieses Zieles muß als höchstes sittliches Pflichtgebot für alle gelten, die an der Gestaltung des Friedens mitzuarbeiten berufen sind. Wir fordern darum, daß ein ständiger internationaler Schiedsgerichtshof geschaffen werde, dem alle zukünftigen Konflikte zwischen den Völkern zu unterbreiten sind“.

* * *

Im Herbst 1916 ist der Standpunkt der Partei noch einmal kurz zusammengefaßt worden in der nachfolgenden Petition an den Reichskanzler Dr. v. Bethmann Hollweg:

„Die Unterzeichneten fordern, daß dem Krieg, der seit mehr als zwei Jahren Europa verwüstet und allen beteiligten Ländern ungeheure Opfer an Gut und Blut auferlegt, sobald als möglich ein Ende bereitet wird.

Unter Ablehnung aller Eroberungspläne, die nicht nur den Krieg verlängern, sondern auch den Keim zu neuen Kriegen in sich tragen, fordern die Unterzeichneten von den Verbündeten Regierungen, daß sie sich zum Abschluß eines Friedens bereit erklären, der dem Reiche

1. seine politische Unabhängigkeit,
 2. seine territoriale Unversehrtheit,
 3. seine wirtschaftliche Entwicklungsfreiheit
- gewährleistet“.

* * *

Als dritte parteiamtlich zu wertende Äußerung sei aus der Rede des sozialdemokratischen Parteiführers Scheidemann im Reichstag am 11. Oktober 1916 folgende Erklärung hier wiedergegeben:

„Wir Sozialdemokraten stehen auf dem Standpunkt, daß Streitigkeiten zwischen Staaten nicht durch brutale Gewalt, sondern durch internationale Verträge geschlichtet werden sollen. Internationale Verträge sind natürlich nur dann von Wert, wenn der Wille zur Vertragstreue auf beiden Seiten vorhanden ist. Darum sind wir auch der Überzeugung, daß getroffene Abmachungen innegehalten werden müssen. . . . Alle Völker haben es satt, sich von immer neuen glänzenden Versprechungen in die Vernichtung locken zu lassen. Die Franzosen wissen nicht — sie werden es wahrscheinlich auch diesmal nicht erfahren, weil es die Zensur nicht zuläßt —, daß sie die Befreiung ihres Landes sowie Belgiens von den deutschen Truppen heute schon haben könnten, ohne einen weiteren Blutstropfen zu opfern und ohne einen Fußbreit Bodens zu verlieren. . . . Was französisch ist, soll französisch bleiben, was belgisch ist, soll belgisch bleiben, und was deutsch ist,

soll deutsch bleiben. Und wenn man sich noch so quält und müht, daran wird nichts geändert, das bleibt, wie es ist. Das ist die Hauptgrundlage, auf der der kommende Frieden geschlossen werden muß, mag bis dahin auch noch so viel kostbares Blut in den Sand rinnen“.

In einer Rede in Heidelberg am 28. Januar 1917 entwickelte Scheidemann dieselben Gedanken und führte nach dem Bericht des „Heidelberger Tageblattes“ u. a. aus: Der Friede, der geschlossen werden muß, muß ein Friede der Verständigung und nicht der Vergewaltigung sein. Nicht der Mord von Serajewo ist der wahre Grund des Krieges, sondern der Kampf aller gegen alle, wie er in den kapitalistischen Ländern aller Staaten geführt wird. Imperialistische Interessen sind die Ursachen des Krieges. Uns treibt keine Eroberungspolitik. Aus demselben Grunde ist die Partei auch verpflichtet, eifersüchtig darüber zu wachen, daß der Krieg um die Landesverteidigung nicht umgefälscht wird zu einem Eroberungskrieg mit Rücksicht auf die Interessen kleiner Eliquen. Wir haben durch die Abwehr der gewaltigen Übermacht unserer Feinde den glänzendsten Sieg bereits errungen. Unsere Feinde hätten auf Grund der Friedensnote unseres Kaisers einen Frieden schließen können. Der Reichskanzler hat nicht nur gesprochen von der Kriegskarte, sondern auch von Faustpfändern. Der Kriegskarte Deutschlands steht die Kriegskarte der Feinde gegenüber, nämlich ihre Beherrschung der Meere, von denen sie uns vollkommen abgesperrt haben. Das mächtige Deutschland freute sich wie ein Kind, als einmal ein kleines Tauchboot sich durch die englische Postenfette geschlichen hatte. Das ist die Kriegskarte der Gegner. Der freie Zutritt zu den Weltmeeren ist für uns eine Lebensfrage, ihn zu erreichen müssen wir unsere Faustpfänder verwenden. Der Reichskanzler sprach auch davon, daß er bereit sei, sich an die Spitze eines internationalen Staatenbundes zu stellen mit der Aufgabe, den Frieden zu sichern. In einer solchen Liga würde man den Staat lahmlegen, der den Frieden stört. Wohin eine Eroberungspolitik führt, geht hervor aus der Tatsache, daß zwischen der demokratischen Republik Frankreich und dem zaristischen Rußland ein Bündnis geschlossen werden konnte. Dieses Bündnis war nur möglich auf Grund der Annexion Elsaß-Lothringens, dessen Abtretung für Frankreich unerträglich war. Sie gab der ganzen französischen Politik die Richtung, wodurch alle kulturellen und sozialen Aufgaben vernachlässigt wurden zugunsten von Rüstungen für die Revanche. Jede Eroberungspolitik führt zu neuen Kriegen. Nach der Antwort der Entente auf die Friedensnote Deutschlands konnten wir nicht weiter verhandeln. Es muß weitergekämpft werden, um „Dasein, Ehre und Entwicklungsfreiheit“. Dabei muß die Friedensbereitschaft erhalten bleiben.

* * *

Nach Äußerungen in der sozialdemokratischen Presse steht aber in der Frage der Kriegsziele nicht die Gesamtheit hinter den

Land, Klarheit über die Kriegsziele.

6

parteiamtlichen Rundgebungen. Es gewinnt sogar den Anschein, als ob die Mehrheit in einzelnen Hauptpunkten gerade entgegengesetzter Meinung ist als die Parteiführer. Es sollen hier nur wenige knappe Äußerungen angeführt werden. Der Chefredakteur der Chemnitzer „Volksstimme“ Heilmann hatte in der von Konrad Hänisch geleiteten „Glocke“ über die Kriegs- und Friedensziele einen Artikel veröffentlicht. Der „Vorwärts“ hatte gemeint, es wäre interessant, vor allem die Stellungnahme der Mehrheit der sozialdemokratischen Fraktion zu diesen Friedenszielen kennen zu lernen. Nunmehr erklärt Konrad Hänisch im „Vorwärts“: „Nach meiner Kenntnis der Dinge hat Heilmann in seinem „Glocke“-Artikel die Grundlagen der Auffassung der Mehrheit durchaus richtig gekennzeichnet. Jawohl, wir wünschen und erstreben in der Tat aus voller Seele den Sieg des eignen Landes, und es ist mir nur höchst befremdlich, wie der „Vorwärts“ über diese Selbstverständlichkeit sich wundern kann. Mir wenigstens ist auch nicht ein Mehrheitspolitiker bekannt, der dieses unser Streben je geleugnet hätte. Was aber die vielberufene „Annexion“ betrifft, so habe ich für meine Person nie ein Geßl daraus gemacht, daß ich im Interesse des deutschen Volkes und insbesondere der deutschen Arbeiterschaft eine weitgehende Hinausschiebung unserer Grenze gegen Osten hin für ein höchst erstrebenswertes Kriegsziel halte. Nicht minder erstrebenswert erscheinen mir aber auch reale Sicherungen dagegen, daß Belgien auch künftighin noch das Einfallstor Englands nach Mitteleuropa hin bleibt, soweit solche Sicherungen unter Aufrechterhaltung des staatlichen Eigenlebens des belgischen Volkes erreichbar sind, wie ja überhaupt über die Durchsetzung der Friedensziele das letzte Wort erst die militärischen Endergebnisse selbst sprechen werden.“ — Der „Vorwärts“ bemerkt hierzu: Interessant ist, daß Hänischs und Heilmanns Behauptung, die sozialdemokratische Mehrheit wolle den deutschen „Sieg“ einschließlich der damit verbundenen Gebietserweiterungen, aus „seiner Kenntnis der Dinge“ bestätigt. Wir zweifeln nicht, daß Hänisch bei seiner Stellung zur Mehrheit einiges Recht hat, sich eine Kenntnis der Auffassung seiner Mehrheitsfreunde zuzutrauen. Um so notwendiger wäre da die von uns geforderte klare und eindeutige Erklärung der von Heilmann und Hänisch für ihre Ansicht reklamierten Parteinstanzen, da sonst der ganze Friedensaufruf des Parteivorstands zu einer bloßen Geste würde, die bei den Genossen alles andere als freudige Anerkennung finden müßte.

* * *

Gegen die Rede Scheidemanns im Reichstag wendet sich in der von Parvus herausgegebenen „Glocke“ ein Artikel von Leimpeters, der eine blanke Absage an die Scheidemannschen Kriegsziele ist. Leimpeters hält es für durchaus schädlich, dem deutschen Volke den falschen Glauben beizubringen, als habe es die deutsche Regierung in der Hand, Frieden zu schließen, während in Wirklichkeit das Kriegsbarometer in London stehe.

Und England sei entschlossen, eine Entscheidung zu erzwingen. Friedenspropaganda auf unserer Seite ernte nur Spott und Hohn und gelte als ein Zeichen von Schwäche. Deutsche Großmut mache den Gegner nur um so rabiater, und ein Gegner, der wisse, daß er nichts zu verlieren habe außer Menschen, setze das grausame Spiel länger fort, als ein Gegner, der wisse, was ihm eine Niederlage kosten müsse. Am entschiedensten aber verwahrt sich Leimpeters dagegen, daß der sozialdemokratische Arbeiter Gegner jeder Annexion sei. „Ich habe“, so sagt Leimpeters wörtlich, „täglich reichlich Gelegenheit, mit unseren Genossen in Schacht und Hütte zu verkehren, und fast alle ohne Ausnahme sind Annexionisten. Selbst Genossen, die für die Politik Liebknechts schwärmen, für die Minderheit eintreten, wollen weder Belgien noch sonst ein besetztes Gebiet herausgeben. Bei einem siegreichen Deutschland würden, sofern Annexionen von der Urabstimmung unserer Parteimitglieder abhängen, sicherlich 90 % für Annexionen stimmen, die aus dem Feld wohl restlos.“

* * *

Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Dr. Paul Lensch schreibt im „Düsseldorfer Generalanzeiger“ über die Kriegsziele seiner Partei u. a.: „Um im Westen zu beginnen, so liegt das Hauptproblem natürlich in Belgien. Daß man das Land nicht annektieren will, darüber ist man sich im deutschen Volke nach und nach wohl fast einig geworden. Ebenso einig aber wohl auch über die Notwendigkeit, sich sogenannte „Sicherungen“ zu verschaffen... Die Anerkennung solcher Garantien durch England bedeutete nichts geringeres als die Preisgabe seiner bisherigen Politik an jener Stelle Europas. Weil ihm das nicht leicht werden wird, weil aber auf der anderen Seite Deutschland auf solche Sicherungen nicht verzichten kann, wird das deutsch-englische Verhältnis nach dem Kriege zunächst noch gespannt bleiben... Irgendwelcher Annexion französischen Gebiets würde die deutsche Sozialdemokratie entschieden widersprechen. Im Osten ist durch die Proklamation des unabhängigen Königreichs Polen eine Tatsache geschaffen, mit der man rechnen muß. Darüber hinaus aber gebietet es das wirtschaftliche wie das weltpolitische Interesse Deutschlands, mit Rußland nach dem Kriege in ein erträgliches Verhältnis zu kommen. Dieser Notwendigkeit, die durch das zu erwartende gespannte Verhältnis zu England diktiert wird, ist auch die Frage der Angliederung Kurlands unterzuordnen... Daß endlich das Deutsche Reich Kolonien wieder haben will und haben muß, wird von der Sozialdemokratie voll anerkannt... Selbstredend denkt man dabei nicht an die Rückerstattung jeder Insel in der Südsee, sondern mehr an die Errichtung eines großen zentralafrikanischen Kolonialreiches“.

* * *

Max Schippel hat immer zu jenen sozialdemokratischen Köpfen gehört, welche nüchterne Realpolitik vom Standpunkt der wirtschaftlichen Interessen der Arbeiterklasse treiben. Im Dezemberheft der Sozialistischen Monatshefte spricht er sich in demselben Sinne über die belgische Frage aus, und zwar in einem Sinne, welcher deutlich zeigt, daß es auch in der Sozialdemokratie noch Männer gibt, denen nicht einfachhin „Belgien als aufgegeben“ gilt. Das Streben, der Gefahr nach Möglichkeit vorzubauen, daß ein selbständiges Belgien immer von neuem eine auf Deutschland gerichtete Pistole Englands werden kann, nennt Schippel Deutschlands „bestes Recht“. Auf welchem Wege dieses Recht geltend gemacht werden soll, darüber spricht er sich nicht in bestimmter Weise aus. Er deutet zunächst auf die abnehmende Neigung alldeutsch-großindustrieller Kreise hin, die antideutschen Belgier zu annektieren, und fährt dann fort:

„Ein klares Programm der gesuchten sachlichen Bürgschaften für ein weniger gefahrenbergendes Belgien (Niederlegung der Festungen, Kontrolle der auswärtigen Politik, Verkehrsmittelgemeinschaft, handelspolitische Annäherung oder Einigung) hat sich jedoch noch nicht herausgeschält. Dazu tritt die schwerwiegende Frage der besseren strategischen Grundlage für unsere Flotte: gegen England und gegen den hohen Ozean hin. Obwohl... zahlreiche Parteigenossen den Ernst all dieser Frage durchaus richtig einzuschätzen wissen, geht leider unsere Parteipresse solchen praktisch allein vorwärtsbringenden Aussprachen noch immer ängstlich aus dem Weg, um sich desto mehr in einem ziemlich überflüssigen grundsätzlichen Windmühlkampf gegen einen Annexionsfanatismus zu gefallen.“

Die Kriegsziele der Christlich-Sozialen.

Der Hauptvorstand der Christlich-Sozialen Partei hat Anfang März 1916 einstimmig folgende Kriegszielentschließung beschlossen:

„Das deutsche Volk ist, geeint mit seinem Kaiser, nach dessen Worten entschlossen, ohne Wanken in heroischen Taten und Leiden auszuharren, bis der Friede kommt — ein Friede, der uns die notwendigen militärischen, politischen und wirtschaftlichen Sicherheiten für die Zukunft bietet und die Bedingungen erfüllt zur ungehemmten Entfaltung unserer schaffenden Kräfte in der Heimat und auf dem freien Meere. Wir müssen nach dem Wort des Königs von Bayern kämpfen, 'bis wir Grenzen haben, die es unseren Gegnern verleiden, uns wieder zu überfallen'. Unsere Feinde von heute dürfen hinfort nach der Erklärung unserer Reichsregierung vom 9. Dezember 1915, weder im Osten noch im Westen über Einfallstore verfügen, durch die sie uns von morgen ab aufs neue und schärfer als bisher bedrohen. Je länger und je verbitterter sie den Krieg gegen uns führen, um so mehr wachsen die Garantien, die für uns notwendig sind.“